

**„Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit
im Kreis Bergstrasse“
Newsletter 48 – regional - vom 15. 06. bis 15. 07. 2007**

16.06.2007 [Marcel Wöll bei Butzbacher Kundgebung von GegendemonstrantInnen ausgepiffen und heimgeschickt](#) - Veröffentlicht 16. Juni 2007 [Anti-Nazi Koordination](#) , [7. Juli Frankfurt Nazifrei!](#) , [Kundgebung](#) , [Neonazis](#) , [Pressemitteilung](#) , [Antifa](#) , [Allgemein](#)

Folgender Bericht erreicht uns soeben aus Butzbach, dem Ort des “Nationalen Zentrums” von Marcel Wöll:

Herr Wöll, der Landesvorsitzender der NPD, hatte für den heutigen Samstag, 13.00 - 15.00 Uhr, eine Mahnwache in Butzbach direkt vor dem Wohngelände der US Army angemeldet. Die Entscheidung der Stadtverwaltung Butzbach, diese Veranstaltung nicht zu genehmigen, wurde gestern auf dem Gerichtsweg gekippt.

Das Butzbacher Bündnis für Demokratie und Toleranz hat kurzfristig zu einer Gegendemonstration aufgerufen.

Um 12.30 Uhr trafen sich etwa 200 Personen aus den verschiedensten Bevölkerungskreisen Butzbachs und seiner Stadtteile. Eine kurze Kundgebung fand statt, bei der Bürgermeister Merle und der Dekan des Ev. Dekanates, Jörg-Michael Schlösser, zum Eintreten für Demokratie und Toleranz und zu lautstarkem Protest gegen nationalsozialistische Parolen aufriefen.

Anschließend mussten Herr Wöll sowie etwa 20 seiner Anhänger ihre Mahnwache im gellenden Trillerpfeifenkonzert durchführen. Leider konnte niemand verstehen, was Herr Wöll zu sagen hatte ...

Unser Protest verlief in guter Zusammenarbeit mit der Polizei friedlich und freundlich!

Etwa um 14.00 Uhr packte die Nazi-Gruppe, die u.a. Transparente mit der Aufschrift “Die USA sind unser Unglück” mit sich führte, ihre Mikrofone und Lautsprecher ein und entfernte sich, während wir Gegendemonstranten sangen: “Ihr könnt nach Hause gehn, ihr könnt nach Hause gehn ...”

Am kommenden Montag wird sich das Butzbacher Bündnis erneut treffen, eine Struktur verabreden, einen Sprecherrat bilden, Arbeitsgruppen bilden etc. Wir schauen seit langer Zeit zum ersten Mal etwas positiver in die Zukunft!

18.06.2007 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/lokalnachrichten/aktuell/?em_cnt=1156435

NPD-Chef muss vor Gericht - Marcel Wöll zog im Kreistag der Wetterau den Holocaust in Zweifel / Prozess am 25. Juni - **VON JOACHIM F. TORNAU**



[NPD-Chef Marcel Wöll](#) (FR)

Weil er Klassenfahrten nach Auschwitz als "Gehirnwäsche" bezeichnet hat, muss sich der hessische NPD-Vorsitzende Marcel Wöll am 25. Juni vor dem Amtsgericht in Friedberg verantworten. Nach einem Bericht des in Nidda erscheinenden Kreis-Anzeigers wirft die Gießener Staatsanwaltschaft dem 24-Jährigen Volksverhetzung vor. Wöll, der für die rechtsextreme NPD im Kreistag der Wetterau sitzt, hatte vor vier Monaten bei einer Kreistagssitzung in Friedberg den Holocaust in Zweifel gezogen. Er forderte, die Zuschüsse für Schülerfahrten nach Auschwitz zu streichen, und nannte die Gedenkstätte des ehemaligen deutschen Vernichtungslagers dabei eine "Stätte des so genannten nationalsozialistischen Terrors". Die Exkursionen seien "Gehirnwäsche für Vorschüler".

Im Falle einer Verurteilung drohen dem Neonazi bis zu fünf Jahre Gefängnis und der Verlust seines Kreistagsmandats, das er erst im Februar als Nachrücker für einen zurückgetretenen Parteifreund angetreten hatte. Die NPD ist im Kreistag der Wetterau mit drei Abgeordneten vertreten. Wöll fungiert seit gut einem Jahr als Landesvorsitzender der NPD und ist gleichzeitig führend aktiv in der Kameradschaft der "Freien Nationalisten" im Rhein-Main-Gebiet.

Der 24-Jährige, der sich selbst als "nationalen Sozialisten" sieht, gilt als eine der zentralen Figuren in der rechtsextremen Szene Hessens. Seine Wohnung im Butzbacher Ortsteil Hoch-Weisel dient als "Nationales

Zentrum" für Treffen und Schulungen der braunen Kameraden. Über das Internet verbreitet er eine neonazistische "Nachrichten"-Sendung. Seit drei Jahren tritt Wöll zudem bundesweit als Redner und Organisator von Neonazi-Aufmärschen in Erscheinung.

Für besonderen Wirbel sorgte er 2006, als er während der Fußball-WM in Frankfurt demonstrieren wollte, um den iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad und dessen antisemitische Ausfälle zu unterstützen.

Wieder Demo in Frankfurt

Für den 7. Juli hat er wiederum in Frankfurt eine Demonstration angemeldet. Der Aufmarsch unter dem Motto "Arbeit statt Dividende - Volksgemeinschaft statt Globalisierung" ist von der Stadt bislang nicht verboten worden.

Mit seinen Aktivitäten zieht Wöll nicht nur immer wieder die Aufmerksamkeit von Verfassungsschutz und Ermittlungsbehörden auf sich, sondern auch von Antifaschisten.

Eine "Mahnwache" von 15 Neonazis, die der rechtsextreme Funktionär unter dem Titel "Die USA sind unser Unglück" am Samstag vor der Siedlung der US-Armee in Butzbach organisierte, ging im Pfeifkonzert von 100 Gegendemonstranten unter.

19.06.2007 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/lokalnachrichten/aktuell/?em_cnt=1157111

Wöll-Prozess verschoben - Verteidiger des NPD-Landeschefs ist verhindert

Friedberg. Der Volksverhetzungs-Prozess gegen den Landeschef der rechtsextremen NPD, Marcel Wöll, ist auf den 7. August verschoben worden. Wie der Direktor des Amtsgerichts Friedberg, Oskar Tritt, bestätigte, kann der Prozess nicht wie geplant am kommenden Montag beginnen, da Wölls Verteidiger verhindert ist. Die Staatsanwaltschaft Gießen hatte Anklage gegen Wöll erhoben, weil er als Abgeordneter des Wetterauer Kreistages während einer Sitzung den Holocaust geleugnet habe. Wöll nannte das KZ Auschwitz eine "Stätte des so genannten nationalsozialistischen Terrors". Schülerfahrten dorthin seien "Gehirnwäsche für Vorschüler". Nach Angaben der Staatsanwaltschaft Gießen droht Wöll bei einer Verurteilung eine Höchststrafe von drei Jahren Haft. **aem**

19.06.2007 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/lokalnachrichten/frankfurt/?em_cnt=1157230

NPD-Aufmarsch - Kein Platz für die Rechten VON MEIKE KOLODZIEJCZYK UND GEORG LEPPERT

Vom Hauptbahnhof über die Börse zur Alten Oper - diese Route haben sie beantragt, da würden sie gerne entlang marschieren, die NPD-Kumpanen und ihre ewiggestrigen Kameraden. Mehr als 2000 Rechtsextreme aus der ganzen Republik werden unter der Parole "Volksgemeinschaft statt Globalisierung" am Samstag, 7. Juli, nach Frankfurt kommen. Damit rechnet die Anti-Nazi-Koordination (ANK), die mit der Antifa Frankfurt den Aufmarsch vereiteln will. Angemeldet hat ihn vor sechs Monaten der hessische NPD-Chef Marcel Wöll, der sich demnächst vor dem Amtsgericht Friedberg wegen Volksverhetzung verantworten muss.

Dass die Stadt-Oberer seit einem halben Jahr keinerlei Anstalten gemacht hätten, die Demonstration zu verbieten, ist für Pfarrer Hans Christoph Stoodt von der ANK eine "politische Botschaft". Auch wenn die Erfolgsaussicht einer Klage nur gering sei, hätte die Stadt zumindest ihren Unmut zeigen können. So aber werde der braune Massenaufmarsch behandelt wie eine "ganz normale Demonstration". Und genau das gehe nicht an. "Wir sind der Auffassung", sagt Stoodt, "dass es für die mörderische Ideologie der Nazis keine Redefreiheit geben darf."

Ein Verbot des NPD-Aufmarsches sei aber noch möglich, sagt Ordnungsdezernent Boris Rhein (CDU). Denkbar seien auch Auflagen, möglicherweise müssten die Rechten eine andere Route wählen. "Es gibt auf alle Fälle Gespräche darüber, wir sind tätig", erklärt Rhein.

Gegen Nazis

Die Anti-Nazi-Koordination (ANK) Frankfurt ist ein Netzwerk von Organisationen und Einzelpersonen, die sich 2001 zusammengeschlossen haben, um rechtsextremen Umtrieben entgegen zu treten.

Das Römerbergbündnis, dem die großen christlichen Kirchen, die Jüdische Gemeinde, der DGB, der Frankfurter Jugendring, sowie die demokratischen Parteien des Stadtparlaments angehören, ruft für den 7. Juli, 13 Uhr, zur Kundgebung auf dem Römerberg auf.

Die Antifa Frankfurt hat am 12. Juni mit der ANK ein gemeinsames Aktionskonzept verabschiedet, um den Nazi-Aufmarsch zu verhindern. Erstes Ziel ist es, die Rechtsextremen vom Ort der Auftaktkundgebung abzuhalten, die für 13 Uhr angemeldet ist.

Letztes Vorbereitungstreffen der Anti-Nazi-Koordination ist am Montag, 25. Juni, um 19 Uhr im Türkischen Volkshaus, Werrastraße 25.

www.antinazikoordination.de.vu

Infotelefon: 24253123

Das Römerbergbündnis hat für den 7. Juli, um 13 Uhr zu einer Gegenkundgebung vor dem Rathaus aufgerufen - zeitgleich mit dem voraussichtlichen Auftakt der NPD-Veranstaltung. Doch damit begnügen sich ANK und Antifa nicht. "Natürlich distanzieren wir uns nicht vom Römerbergbündnis", betont Stoodt. "Doch wir wollen darüber hinaus aktiv verhindern, dass die Nazis durch unsere Stadt marschieren."

Polizei noch außen vor

Das heißt: Strecke blockieren. Laufend, stehend, sitzend. An welchen Stellen lässt sich erst bestimmten, wenn klar ist, wo die braunen "Kameraden" entlang ziehen dürfen, ob es tatsächlich quer durch die City sein muss, womöglich gar durchs Bahnhofsviertel. "Wir gehen davon aus, dass das Ordnungsamt die Route erst sehr spät festlegt", sagt Stoodt, der daher keinen Bedarf sieht, sich mit der Polizei zu verständigen. "Zu einem Kooperationsgespräch wird es erst kommen, wenn wir unsere Gegendemo anmelden."

ANK und Antifa haben in der vergangenen Woche ein gemeinsames Aktionskonzept beschlossen. Im Internet informieren sie über den Stand der Dinge, am Protesttag selbst sollen die Blockadegruppen per Infostand, Megaphon und Lautsprecherwagen koordiniert werden. "Viele, bunt gemischte Menschen müssen in einem Pulk auf die Straße gehen und sich den Nazis in den Weg stellen", fordert ANK-Sprecherin Katinka Poensgen. Unter den 2000 erwarteten Rechtsextremen werden jedoch nicht nur stramme Deutsche anreisen. "Auch aus dem Ausland, etwa aus Belgien, haben sich Gruppen und Redner angekündigt."

19.06.2007 www.echo-online.de

Gegen Rassismus und Intoleranz –

Stadtparlament: CDU-Fraktion bringt Resolutionsantrag gegen Neonazis ein

GERNSHEIM. „Die Stadtverordnetenversammlung nimmt mit Sorge zur Kenntnis, dass eine kleine Personengruppe aus unserer Einwohnerschaft aufgrund ihrer geäußerten Meinungen und rechtswidriger Handlungen den Eindruck erweckt, die durch das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland normierte freiheitlich-demokratische Grundordnung nicht zu respektieren.“ Geht es nach dem Willen der Gernsheimer CDU, wird dieser Text in der nächsten Zusammenkunft des Stadtparlamentes beschlossen werden. Er ist Teil einer Resolution, die weitere Ziffern umfasst.

So sollen die Stadtverordneten verurteilen, dass sich diese Gruppe hinter der scheinbar harmlosen Fassade einer „Bürgerinitiative“ versteckt, „im Übrigen aber aus der Anonymität heraus ihr rassistisches, intolerantes und antidemokratisches Gedankengut verbreitet“. Die Kommunalpolitiker sollen – so der von Fraktionsvorsitzendem Stefan Fritsch unterzeichnete Antrag weiter – alle Versuche zurückweisen, durch Propagandakampagnen und Einschüchterungsversuche einzelne ihrer Mitglieder an der freien Ausübung ihres Mandats hindern zu wollen.

Schließlich soll die Stadtverordnetenversammlung die Bürger der Stadt Gernsheim aufrufen, klar Stellung zu beziehen und sich gegen Rassismus, Intoleranz und antidemokratische Tendenzen zu wenden.

In der Begründung zum Antrag heißt es weiter, dass die freiheitlich-demokratische Grundordnung auf der Grundlage rechtsstaatlicher Prinzipien seit fast sechzig Jahren Frieden, Freiheit, Wohlstand und soziale Sicherheit garantiert. „Auf dieser Grundlage wollen wir gemeinsam auch die Herausforderungen der Zukunft annehmen und bewältigen“, so die CDU

19.06.2007 www.echo-online.de

Bündnis informiert über Neofaschismus

Rechtsextremismus: Odenwälder Gruppe lädt zu Veranstaltung nach Mömlingen ein

MÖMLINGEN. Zu einer öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Thema Neofaschismus lädt das Bündnis „Odenwald gegen Rechts“ für Mittwoch (27.) ab 20 Uhr in das Gasthaus „Alt Mömlingen“ in die bayerische Gemeinde Mömlingen ein. Bei der Veranstaltung sollen Wege aufgezeigt werden, wie Rassismus, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit nachhaltig bekämpft werden können.

„Denn Schweigen und Wegsehen ist keine Lösung“, heißt es dazu in einer Pressemitteilung des Aktionsbündnisses. Referent und Diskussionspartner ist Michael Weiss vom Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum in Berlin. Aktuelle Anlässe, auch im Nachbarkreis Flagge zu zeigen, seien der Anschlag von Neonazis in Halberstadt sowie wiederholte Bedrohungen engagierter Bürger in Mömlingen und Michelstadt, so die Veranstalter, die damit nun schon zum zweiten Mal in Mömlingen aktiv werden. Wie berichtet, hatte das Bündnis am 26. Mai einen Informationstag in Mömlingen organisiert, der von zahlreichen Gruppen unterstützt und auch von Mömlinger Bürgern als Anlaufstelle zur Information genutzt worden sei. Zahlreiche Mömlinger hätten die Aktion begrüßt.

19.06.2007 www.echo-online.de

„Sind und Zweck des Bündnisses erreicht“

1. Mai: Initiative gegen Rechtsextremismus legt zur DGB-Sitzung Erklärung vor

Sinn und Zweck des Bündnisses und der Anti-Nazi-Aktivitäten zum 1. Mai sind aus Sicht der **Rüsselsheimer Initiative gegen Rechtsextremismus** erreicht worden. Zum einen sei es gelungen, die Innenstadt für den NPD-Aufmarsch zu sperren – die Partei wollte ursprünglich vom Bahnhofplatz aus durch das nördliche Stadtgebiet ziehen. Vor allem sei es angesichts von mehr als 3000 Unterzeichnern des Appells und 6000 Teilnehmern an den Veranstaltungen gelungen, die Bevölkerung für eine deutliche Positionierung gegen den Rechtsextremismus zu gewinnen.

Diese Einschätzung ist ein Beitrag zur Sitzung des DGB-Ortsverbandes, mit der Initiative gegen Rechtsextremismus Hauptträger der Mai-Aktivitäten, der in seiner heutigen Sitzung eine kritische Würdigung des Geschehens am 1. Mai auf der Tagesordnung hat. Beginn ist um 19.30 Uhr im KAB-Haus, Weisenauer Straße.

Wie Volkhard Guth (Evangelische Kirche), Peter Christian Walther (Initiative gegen Rechtsextremismus) und Hans Zinkeisen (Katholische Arbeitnehmer-Bewegung/KAB) festhalten, müsse nun weiter gearbeitet werden. Es gelte, diese Positionierung und das bunte wie solidarische Wirken verschiedenster Kräfte und Kreise, das sich an diesem Tag so hervorragend und lebendig gezeigt habe, zu erhalten und weiterzuführen. Den Neonazis mit Blockaden und Menschenketten den Weg zu versperren, habe nicht zum Konzept der Veranstalter gehört, werde aber als politisch berechtigte und nicht zu verurteilendes Anliegen betrachtet. Es hätte gewaltfrei und friedlich erfolgen sollen, denn Gewalttätigkeiten – von welcher Seite auch immer – seien stets kontraproduktiv und entsprächen nicht der Zielsetzung des Bündnisses. Das Misslingen der Blockierungsversuche sei daher nicht den Veranstaltern der Anti-Nazi-Aktivitäten anzulasten.

Es habe im Vorfeld eine Übereinkunft gegeben, wonach unterschiedliche Aktivitäten einander nicht ausschließen, sich sogar ergänzen könnten. Deshalb stellten sich diejenigen gegen diese Übereinkunft, die im Nachhinein die jeweils andere Art des Protestes diffamierten, so die Initiative-Sprecher.

Einer gesonderten Beurteilung bedürfe das Verhalten der Polizei. Generell stelle sich die Frage „nach Berechtigung (und Kosten) eines solch riesenhaften Polizeieinsatzes“, ebenso die Frage nach Sinn und Zweck der stundenlangen Abriegelung von Bahnhof und eines ganzen Stadtbezirks, der Behinderung der Bewegungsfreiheit und der Verfolgung Jugendlicher sogar in Wohnhäuser hinein. Dem gegenüber hätten Neonazis ungehindert den Hitlergruß zeigen können – vom ECHO dokumentiert.

Hinterfragt werden müsse „die teilweise planlos erschienene Willkür polizeilicher Maßnahmen und die Voreingenommenheit eines polizeilichen Feindbildes, das nicht in den Neonazis, sondern in blockadewilligen Nazigegnern von vornherein die potenziellen Störer und Gewalttäter sieht“, schließt die Stellungnahme.

Vor zwei Wochen hatte der DGB-Kreisverband das Thema behandelt, über dort getroffene Einschätzungen aber nichts verlauten lassen. Aufgrund der von vielen auswärtigen DGB-Mitgliedern und Nazigegnern unterstützten Aktionen am 1. Mai in Rüsselsheim und Raunheim erhofft man sich nun in Frankfurt entsprechende Unterstützung von hier: Am 7. Juli will die NPD, mit Jugendorganisation und Freien Kameradschaften, eine weitere Kundgebung abhalten.

20.06.2007 www.eho-online.de

Auszug aus dem Presseartikel vom 20. Juni 2007:

Zusätzliche Gewerbeflächen Gemeindevertretung: Bauvorhaben im Mittelpunkt der neuen Parlamentsrunde

FÜRTH. ...

... Thema in der Sitzung des Ausschusses Mensch, Sport und Kultur, heute (20.) ab 19.30 Uhr, ist eine Erklärung gegen Rechtsextremismus, der bereits mehrere Kommunen im Kreis Bergstraße zugestimmt haben. Darin ist ausdrücklich festgeschrieben, dass die Gemeinden „soziale Probleme nicht auf Kosten von Minderheiten lösen wollen“ und „sich den Opfern des Nationalsozialismus verbunden fühlen“. Eine klare Absage wird rechtsextremen, rassistischen und fremdenfeindlichen Gruppen erteilt. „Schweigen und wegsehen kann als Akzeptanz missverstanden werden. Wir erklären, dass wir entschieden gegen ein Auftreten der Rechtsextremisten in Fürth sind“, heißt es in dieser Resolution.

...

Beraten und beschlossen wird über diesen Tagesordnungspunkt in der Gemeindevertreterversammlung am 2. Juli (Montag).

20.06.2007 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/lokalnachrichten/aktuell/?em_cnt=1157837

**Staatsanwalt prüft Brief an Roland Koch - Verdacht der Volksverhetzung gegen NPD-Mann
VON STEFAN SÄEMANN**

Die Staatsanwaltschaft Gießen wird prüfen, ob sich der mittelhessische NPD-Politiker Alfred Zutt in einem "Offenen Brief" an Ministerpräsident Roland Koch (CDU) der Volksverhetzung schuldig gemacht hat. Alfred Zutt, für die NPD seit Jahren als Kommunalpolitiker im Lahn-Dill-Kreis aktiv, behauptet in dem Schreiben durch eine Aneinanderreihung von Zitaten, das Judentum habe Deutschland zuerst den Krieg erklärt. Diese Fakten müssten in den Unterricht hessischer Schulen einfließen, um die Schüler vom "Schuldkult" zu befreien. Zutt kritisiert Koch zudem für dessen öffentliche Warnungen vor rechtsextremen Tendenzen.

Die Staatsanwaltschaft erfuhr durch eine Anfrage der FR von dem Brief. Das Schreiben werde nun geprüft, sagte der Sprecher der Behörde, Reinhard Hübner.

Die Staatskanzlei hatte das Papier Ende Mai erhalten, bestätigte Kochs Sprecher, Dirk Metz. Dass man es trotz des möglicherweise strafrechtlich relevanten Inhalts nicht an die Staatsanwaltschaft übergeben habe, sei eine "Abwägungssache" gewesen. "Wir wollten diesen Herrn ignorieren", sagte Metz. Der Marburger Rechtsextremismus-Forscher Benno Hafener indes hält den Brief für "volksverhetzend und geschichtslugnend". Vor Kurzem sei er persönlich in der Karbener Stadthalle gewesen, als Zutt ähnliche Sprüche "in den Raum gebrüllt" habe. Mit der Behauptung, Juden seien Schuld am Zweiten Weltkrieg, relativierten Rechtsextreme wie Zutt die Ereignisse und verleumdete mithin die Opfer. Hafener kritisiert das Verhalten der Staatskanzlei: "Man darf über solche Machwerke nicht schweigen, sondern muss sie der Justiz zur Prüfung übergeben."

Äußerungen haben Methode

Antisemitische Äußerungen am Rande der Legalität gehörten zunehmend zum Repertoire der NPD-Öffentlichkeitsarbeit, sagt Hafener. Der Fall des Chefs der NPD Hessen, Marcel Wöll, stehe hier Beispiel. Der 24-Jährige ist wegen Volksverhetzung angeklagt, weil er Schülerfahrten nach Auschwitz als "Gehirnwäsche" diffamierte und von "Stätten des so genannten nationalsozialistischen Völkermords" sprach. Diese Sprüche erfolgten laut Hafener nicht spontan, sondern seien einstudierte Äußerungen geschulter Parteikader. Die NPD wolle so Tabus brechen und den in der Gesellschaft latent vorhandenen Antisemitismus bedienen. Zudem bringe sie sich damit regelmäßig ins Gespräch. "Prozesse werden bewusst in Kauf genommen, um sich zu inszenieren."

21.06.2007 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/lokalnachrichten/frankfurt/?em_cnt=1158576

Stadt verbant Rechte aus der City

VON GEORG LEPPERT



Frankfurt (dpa)

Grünes Licht für den NPD-Aufmarsch: Die Stadt wird die Demonstration der Rechtsextremen am 7. Juli nicht verbieten. Allerdings wird die Route nicht wie geplant durch die Innenstadt führen. Die NPD-Anhänger dürfen nur am Industriebhof marschieren.

"Natürlich wäre es mir persönlich lieber gewesen, wir hätten die Demonstration untersagen können", sagte Ordnungsdezernent Boris Rhein (CDU) am Mittwoch. Allerdings hätte ein Verbot vor Gericht mit hoher Wahrscheinlichkeit keinen Bestand gehabt. Das Bundesverfassungsgericht habe mehrfach entschieden, dass die Demonstrationsfreiheit ein ungemein hohes Gut sei und nur eingeschränkt werden dürfe, wenn die Sicherheit in der Stadt nicht anders zu gewährleisten sei. "Eine solche Situation liegt bei uns am 7. Juli aber nicht vor", sagte Rhein.

Dass die Stadt nicht trotzdem ein Verbot ausgesprochen hat, um zumindest ein politisches Signal zu setzen, hat laut Rhein zwei Gründe: "Zum einen sollte man Recht nicht opportunistisch anwenden." Ein Verbot auszusprechen, mache nur Sinn, wenn es auch umgesetzt werde. Zum anderen würde die Entscheidung des Gerichts möglicherweise erst kurz vor Beginn der Demonstration ergehen. Die Polizei aber brauche möglichst viel Vorbereitungszeit.

Allerdings werden die knapp 2000 Rechtsextremen, die für den 7. Juli erwartet werden, fast 20 Auflagen beachten müssen. Die gravierendsten betreffen Zeit und Ort: Die Stadt legte den Beginn der Demonstration auf 9, das Ende auf 12 Uhr fest. Die NPD wollte zwischen 13 und 21 Uhr durch Frankfurt laufen. Auch aus dem Marsch durch die Innenstadt - angemeldet war eine Strecke vom Hauptbahnhof zur Alten Oper - wird nichts. "Der 7. Juli ist der erste Feriensamstag, an dem Tag sind mehr als 200 000 Menschen am Hauptbahnhof, da können wir dort keine Demonstration starten lassen", sagte Rhein.

Auch bei der Wahl der neuen Route - am Industriebhof entlang - seien Gerichtsentscheidungen berücksichtigt worden, erklärte der Ordnungsdezernent. So habe die Justiz mehrfach klargestellt, dass eine Demonstration nicht einfach an den Stadtrand abgeschoben werden dürfe. Dies sei hier auch nicht geschehen. In der Nähe des Industriebhofs befänden sich die Neue Börse und das Jobcenter Rhein-Main. Laut eigener Ankündigung wolle die NPD sowohl die Wirtschaftspolitik als auch die Situation auf dem Arbeitsmarkt thematisieren, sagte Rhein. Daher sei ein Bezug zwischen Ort und Anlass der Veranstaltung gegeben.

Den Anmelder der Demonstration, den hessischen NPD-Chef Marcel Wöll, hätten diese Argumente jedoch nicht überzeugt. Er wolle gerichtlich gegen die Auflagen vorgehen: "Dem sehen wir gelassen entgegen", sagte Rhein.

Polizeipräsident Achim Thiel kündigte an, seine Beamten würden bei der Veranstaltung mit einem "massiven Aufgebot" vor Ort sein und die Demonstration "sehr eng begleiten". Vor allem dürfte die Polizei aber damit zu tun haben, Zusammenstöße zwischen Rechtsextremen und Gegendemonstranten zu verhindern. Mehrere Gruppen haben angekündigt, der großen Gegendemonstration des Römerbergbündnisses vor dem Rathaus fern zu bleiben. Stattdessen planen sie, die Demonstrationsroute der NPD zu besetzen und den Aufmarsch so zu verhindern.

"Auch wenn uns diese Veranstaltung nicht passt: Die Polizei muss jede Demonstration schützen - auch die der NPD", sagte Thiel. Die Beamten müssten gegebenenfalls die Strecke für die Rechtsextremen frei räumen. Politisch wäre das ein fatales Signal: "So ein Szenario wäre doch ein gefundenes Fressen für die Rechten", erklärte der Polizeipräsident. Zugleich warnte er auch linksextreme Gruppen davor, "Gewalt gegen Personen und Sachen" auszuüben: "Wir werden keine Straftaten dulden, egal, von welcher Seite. Das Gewaltmonopol liegt bei der Polizei."

Kommentar: [Rechte in der Ödnis](#)

21.06.2007 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/lokalnachrichten/frankfurt/?em_cnt=1158591

Kommentar - [Rechte in der Ödnis](#)

Von Georg Leppert

Natürlich wäre es schön gewesen, wenn die Stadt den NPD-Aufmarsch am 7. Juli verboten hätte. Die Entscheidungsträger in Frankfurt hätten den Rechtsextremen damit unmissverständlich mitgeteilt, dass sie nicht willkommen sind. Und doch war es richtig von Ordnungsdezernent Boris Rhein, auf das politische Signal zu verzichten. Die NPD hätte gegen das Verbot geklagt und Recht bekommen. Leidtragender des Schwebezustandes bis zur letztinstanzlichen Entscheidung wäre die Polizei gewesen. Im schlimmsten Fall hätten die Beamten kurz vor Beginn der Demonstration erfahren, dass tausende von tumben, eventuell gewaltbereiten Typen in Frankfurt einfallen.

Die nun gefundene Lösung ist in jedem Fall besser: Die Rechten dürfen nur am Industriebaum demonstrieren. Dieser Ort ist gerade am Wochenende an Ödnis kaum mehr zu überbieten. Dass die Parolen der NPD dort irgendjemanden erreichen, darf bezweifelt werden. Und dennoch ist es richtig, dass die Gegendemonstranten der Anti-Nazi-Koordination die Rechten nicht einfach marschieren lassen. Die Bürger der Stadt müssen deutlich machen, dass sie einen solchen Aufmarsch nicht hinnehmen - auch nicht am Industriebaum.

Die NPD wird vermutlich eine von vielen Gegendemonstranten blockierte Demonstrationsroute vorfinden. Ob die Polizisten bereit sind, die Strecke zu räumen, müssen sie - Versammlungsrecht hin oder her - selbst entscheiden.

21.06.2007 www.tagesschau.de

* [NPD-Chef sorgt für neuen Eklat](#)

Der hessische NPD-Landesvorsitzende und Wetterauer Kreistagsabgeordnete Marcel Wöll ist am Mittwochabend von einer Sitzung des Kreistags ausgeschlossen worden. Er soll gegenüber Besuchern handgreiflich geworden sein. [[hr](#)]

26.06.2007 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/lokalnachrichten/frankfurt/?em_cnt=1161661

NPD droht der Stadt - [Landeschef spricht von regelmäßigen Aufmärschen](#)

Die NPD will gegen die geänderte Route ihres Aufmarsches am 7. Juli klagen. Zudem drohen die Rechtsextremen den Behörden mit weiteren Veranstaltungen. Die Entscheidung der Stadt, die Veranstaltung nicht zu verbieten, sorgt unterdessen weiterhin für Diskussionen.

"Ein Verbot des Aufmarsches wäre das Beste, aber leider haben entsprechende Anträge vor den Verwaltungsgerichten keinen Bestand, sondern bescheren im Gegenteil den Rechtsextremen juristische Erfolge", sagte der Vorstandssprecher der Grünen, Olaf Cunitz. Daher unterstützen die Grünen den von Ordnungsdezernent Boris Rhein (CDU) eingeschlagenen Weg. Rhein hatte sich gegen ein Verbot des NPD-Aufmarsches entschieden, den Rechtsextremen aber zahlreiche Auflagen gemacht. So darf die NPD nur rund den Industriebaum und auch nur am Vormittag demonstrieren.

Kritik an diesem Vorgehen übte insbesondere die Anti-Nazi-Koordination: "Das ist die behördliche Lizenz zur offen antisemitischen und nazifaschistischen Propaganda." Die Gruppe forderte den Magistrat auf, "die Entscheidung gegen ein Verbot zu überdenken".

Unterdessen teilte die NPD mit, sie werde die Route am Industriebaum nicht akzeptieren. Der hessische NPD-Chef Marcel Wöll drohte der Stadt, die Rechtsextremen könnten auch "jeden Monat" in Frankfurt demonstrieren. **Geo**

03.07.2007 www.tagesschau.de

* [Demo-Verbot für NPD in Frankfurts City](#)

Nun ist es amtlich: Die rechtsextreme NPD darf am Samstag nicht in der Frankfurter Innenstadt, sondern nur

im Stadtteil Hausen demonstrieren. Dies entschied das Verwaltungsgericht Frankfurt am Montag. [\[hr\]](#)

03.07.2007 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/lokalnachrichten/frankfurt/?em_cnt=1165885

Demo - Antifa nimmt Platz für die NPD

VON GEORG LEPPERT

Rund 8000 Polizisten werden beim Aufmarsch der NPD am kommenden Samstag in Frankfurt im Einsatz sein. Die Stadt rechnet mit 1500 bis 2000 Rechtsextremen und 5000 Gegendemonstranten. Diese Zahlen nannte Ordnungsdezernent Boris Rhein (CDU) am Montag im Rechts- und Sicherheitsausschuss der Stadtverordneten.

Rhein verteidigte die Entscheidung, die NPD-Demonstration nicht zu verbieten. Eine entsprechende Verfügung hätte gerichtlich keinen Bestand und zur Folge, dass die Polizei vor dem Urteil der Justiz über Ort und Zeit des Aufmarsches im Unklaren wäre.

Udo Mack (Linkspartei) zeigte sich indes verwundert über Rheins Vorgehen, da der Verfassungsschutz von "1500 zum Teil extrem gewaltbereiten Nazis" berichte, die nach Frankfurt kommen wollten. Zudem habe die Stadt bei ihrer Entscheidung nicht berücksichtigt, dass der Anmelder der Demonstration am Samstag, der hessische NPD-Vorsitzende Marcel Wöll, wegen Volksverhetzung vor Gericht steht.

Mehrere Stadtverordnete werden am Samstag die Demonstration, die rund um den Industriebhof führen soll, beobachten und eng mit der Polizei zusammenarbeiten, sagte Ursula Busch (SPD). Zugleich griff sie Rhein an: Er habe vor der Bekanntgabe seiner Entscheidung nicht das Gespräch mit den Stadtverordneten gesucht. Von seinem Vorgänger als Ordnungs- und Sicherheitsdezernenten, Edwin Schwarz (CDU), "waren wir da anderes gewöhnt", erklärte Busch.

Unterdessen hat die Frankfurter Antifa massive Proteste gegen den NPD-Aufmarsch angekündigt. Dabei sei auch das Mittel der Gewalt nicht auszuschließen, sagte ihr Sprecher Lars Mertens der Frankfurter Rundschau: "Das war immer Teil unseres Konzeptes gegen Nazis."

Bereits vor der Demonstration werde die Antifa versuchen, die Treffpunkte der Rechtsextremen zu besetzen. "Wir wollen schon die Fahrt der Nazis zum Industriebhof unterbinden", sagte Mertens. Sollte dies nicht gelingen, würden die Gegendemonstranten die Route der NPD blockieren.

Für den Fall, dass die Polizei den Aufmarsch durchsetzt, kündigen die Gruppen "antifaschistische Aktionen" in der Innenstadt an. "Wir werden bestimmt nicht neben den Nazis herlaufen und pfeifen", sagte Mertens.

05.07.2007 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/lokalnachrichten/frankfurt/?em_cnt=1167123

Polizei erwartet Krawalle bei NPD-Aufmarsch

VON GEORG LEPPERT



[Antinazidemonstration](#) (ap)

Gestern früh hat sich Achim Thiel den Wetterbericht für die kommenden Tage angeschaut und sich kräftig geärgert. Denn für Samstag sagen die Meteorologen Sonnenschein und Temperaturen von bis zu 25 Grad voraus. "Ich hätte mir Regen- und Hagelschauer gewünscht", sagte der Frankfurter Polizeipräsident am Mittwoch.

Dann nämlich kämen am Samstag zum NPD-Aufmarsch bestimmt nicht die erwarteten 1500 bis 2000 Teilnehmer, dann nämlich läge auch die Zahl der Gegendemonstranten nicht bei 4000 bis 5000. So aber muss die Polizei eher mit noch mehr rechten und linken Aktivisten rechnen. Von Zusammenstößen sei leider auszugehen, hieß es am Mittwoch im Polizeipräsidium, wo Thiel, Einsatzleiter Robert Schäfer und der Chef der Bundespolizei in Frankfurt, Christof Baldus, das Konzept für den Samstag vorstellten.

Ginge es nach dem Frankfurter DGB-Chef Harald Fiedler, dürfte es die Demonstration der Rechtsextremen gar nicht geben - weder in der Innenstadt, wo die NPD aufmarschieren wollte, noch am Industriebhof, wo die Veranstaltung nach einer Verfügung der Stadt vermutlich stattfinden wird. Im Namen des Römerbergbündnisses, dem die Gewerkschaften, der Jugendring, die evangelische und die katholische Kirche sowie die Jüdische Gemeinde angehören, forderte Fiedler am Mittwoch erneut, die Demonstration zu verbieten. Rechtsextreme hätten in den vergangenen Tagen vor allem im Internet offen zur Gewalt aufgerufen. Das Taktieren von Ordnungsdezernent Boris Rhein (CDU), der ein Verbot als juristisch nicht

haltbar ansieht und dafür einen strengen Auflagenkatalog erlassen hat, müsse nun ein Ende haben. Die Stadt müsse deutlich machen, dass das "rechtsradikale Pack" in Frankfurt unerwünscht ist.

Kundgebung vorm Rathaus

Zeitgleich mit der Demonstration der NPD, die um 13 Uhr beginnen wird, lädt das Römerbergbündnis zu einer Kundgebung vor dem Rathaus ein. Unter anderem werden Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) und Professor Arno Lustiger Reden halten. Polizeipräsident Thiel wäre es am liebsten, wenn sich alle Gegendemonstranten am Römer versammeln würden. Allerdings hätten bereits jetzt mehrere hundert Autonome im Internet zur "direkten Konfrontation mit der NPD" aufgerufen, sagte der Polizeipräsident. Thiel stellte klar, dass die Polizei verpflichtet sei, den Aufmarsch der NPD zu schützen. Die rund 8000 Beamten aus Hessen und angrenzenden Bundesländern würden keinerlei Straftaten dulden. Sowohl am Industriehof als auch in der Innenstadt sei zudem mit massiven Verkehrsbehinderungen zu rechnen, so die Polizei.

07.07.2007 8000 Beamte für die NPD

Frankfurt/Main: Antifaschisten demonstrieren gegen rechten Aufmarsch. Polizeipräsident sieht Gefahr von links von Gitta Düperthal

--> <http://www.jungewelt.de/2007/07-07/015.php>

07.07.2007 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/lokalnachrichten/frankfurt/?em_cnt=1168574

Demonstration - Neonazis marschieren bis 19 Uhr

VON GEORG LEPPERT UND CLAUSS-JÜRGEN GÖPFERT



Absperrung (FR)

Freitagnachmittag am Industriehof. Die Polizei schwärmt weiträumig rund um die Demonstrationsstrecke der Neonazis aus. Haus für Haus begehen die Beamten, prüfen es auf Gefahrenquellen und Sicherheitsmaßnahmen hin. Jeder Gegenstand, der gefährlich aussieht, wird aus dem Verkehr gezogen. Die letzten Vorbereitungen für den großen Einsatz am Samstag haben begonnen.

8000 Polizeibeamte werden wegen der NPD-Demonstration nach und nach im Stadtgebiet zusammengezogen. Unterdessen versucht Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU), zur Deeskalation beizutragen. Sie spricht mit Hans- Christoph Stoodt von der Anti-Nazi-Koordination und bittet ihn eindringlich darum, dass die Gegendemonstranten von jeder Form von Gewalt absehen.

Die Polizei soll versuchen, mögliche Sitzblockaden schon im Vorfeld durch Gespräche zu verhindern. Sie richtet sich aber auch darauf ein, dass Neonazis und gewaltbereite Gegendemonstranten am Samstagabend versuchen, in die Innenstadt durchzukommen.

Stück für Stück sickert auch die genaue Route der NPD-Anhänger durch. Sie wird an der Breitenbachbrücke beginnen, durch das Viertel am Industriehof zur Ludwig-Landmann-Straße führen, dann weiter am Brentanobad entlang zur Rödelheimer Landstraße und zur Neuen Börse, wo die Abschlusskundgebung geplant ist. Die Stadt hätte gerne eine kürzere Strecke gehabt. Doch damit scheiterte sie am Freitag vor dem Verwaltungsgerichtshof. Zudem weiteten die Richter die Demonstrationszeit aus. Die NPD darf von 13 bis 19 Uhr in Frankfurt protestieren. Ordnungsdezernent Boris Rhein (CDU) äußerte sich enttäuscht: "Richter sind Theoretiker, sie wissen nicht, was sie der Stadt damit antun."

Behinderungen bei U-Bahnen

Für Aufregung in Hausen sorgte dieser Tage ein gefälschter Aufruf, am Samstag Sperrmüll auf die Straße zu stellen. Möglicherweise hatten Gegendemonstranten Flugblätter der FES kopiert, um an Material für Blockaden zu gelangen.

Wegen des Aufmarschs und der Gegendemonstrationen rechnet die Polizei mit Verkehrsbehinderungen. Die Bürger können sich am Info-Telefon (7555 7555) über Sperrungen informieren. Bis Sonntag um 5 Uhr gilt an

der Strecke der NPD und rund um die Treffpunkte der Nazi-Gegner absolutes Halteverbot. Die U-Bahnlinien U 6 und U 7 fahren von Enkheim und dem Ostbahnhof nur bis zur Bockenheimer Warte. Mit besonderen Einschränkungen müssen die Bewohner in Hausen rechnen. Sie sollten stets ihren Personalausweis dabei haben. Zudem werden sie unter Krach zu leiden haben. Die Polizei kündigte Hubschrauberflüge an.

Aktuell: [NPD-Demonstration: 8000 Polizisten in Frankfurt im Einsatz](#)

Aktuell: [Der Protest gegen die NPD hat viele Gesichter](#)

Aktuell: [Frankfurt sagt Nein zu Nazis](#)

Aktuell: [Bündnis mit den Neonazis](#)

Aktuell: ["Faschisten ächten"](#)

Kommentar: [Verständigung tut Not](#)

Porträt: [Ohne Maske](#)

07.07.2007 www.tagesschau.de

* [Blockaden verzögern NPD-Aufmarsch](#)

Mit Blockaden mehrerer S-Bahn-Strecken haben Gegendemonstranten den Beginn der NPD-Kundgebung in Frankfurt verzögert. Nach Rangeleien mit der Polizei gab es zahlreiche Festnahmen. Der Nahverkehr kam zeitweise zum Erliegen. Frankfurts Oberbürgermeisterin Petra Roth: "Wir sagen Nein zu Hass, Gewalt und Fanatismus". [[hr](#)]

08.07.2007 **Courage gegen Rassismus, Friedensinitiative Rödelheim, Zusammen e.V. (Stadtteilprojekt Rödelheim)**

Pressemitteilung vom 8.7.2007

>> **Ca. 10.000 Euro aus Steuermitteln für jeden marschierenden Nazi**

>> Die Nazis haben ihr Ziel erreicht: Die NPD und die "Freien Kameradschaften" sind durch Frankfurt marschiert, durch die Stadt, deren freiheitliche Tradition und bunte Bevölkerung ihnen ein Dorn im Auge ist, und in der sie bisher nicht Fuß fassen konnten.
>> Dass die "guten" Demonstranten der etablierten Organisationen sich am Römer versammelten, machte es der Polizei einfacher, die anderen Protestler schon im Vorfeld als gewaltbereite Chaoten zu kriminalisieren. Wenn auch die "Prominenten" sich am Ort des Geschehens mit friedlichen Mitteln den Faschisten entgegengestellt, -gesetzt und -gelegt hätten, wären die Nazis nicht durchgekommen.
>> Einen Aufstand der Zivilgesellschaft, wie er in anderen Städten Naziaufmärsche unmöglich gemacht hat, gab es in Frankfurt nicht.
>> Daran ist vor allem die Propaganda der Polizei schuld, die nach außen hin Angst und Schrecken vor angeblichen Massen gewaltbereiter Antifaschisten verbreitete und gleichzeitig nach innen (d.h. im Ortsbezirk) die Angst vor den Nazis verstärkte, sodass selbst so harmlose Protestformen wie das Aufhängen von Plakaten im eigenen Fenster unterblieben. Die Polizei hatte eigenhändig auch die im öffentlichen Raum aufgehängten Plakate entfernt.

>>
>> Die Taktik der Polizei, das Aufmarschgebiet der Nazis weiträumig abzusperren, führte dazu, dass die BewohnerInnen von Rödelheim, Hausen und Industriebhof von der Polizei einen Tag lang ihrer Bewegungsfreiheit beraubt wurden. Die U-Bahnen fuhren nicht mehr in diese Stadtteile. Als aber ca. 100 junge Leute, viele davon aus dem Ortsbezirk, durch die Blockade der S-Bahngleise die Anfahrt der Nazis blockieren wollten, wurden sie von in Hubschraubern eingeflogener Bundespolizei und den bereits vorhandenen Hundertschaften malträtiert und festgenommen.

>>
>> Die Nazis konnten hingegen unter Polizeischutz marschieren und ihre menschenverachtenden Parolen brüllen. Ihre "Vermummung" und antisemitische, volksverhetzende Sprechchöre hätten der Polizei zu Beginn des Aufmarschs noch die Handhabe zum Verbot gegeben. Statt dessen verfolgten, kesselten und zerschlugen sie die friedlichen Proteste der Gegendemonstranten.
>> Diese konnten an vielen Orten der Stadt durch aufmerksame Beobachtung der Anreise der Rechtsradikalen sowie durch Blockaden auf Gleisen und

- >> Straßen deren Aufmarsch behindern und verzögern.
- >> Gegen das größte und teuerste Polizeiaufgebot in der Geschichte
- >> Hessens blieb ihnen letztlich aber nur ohnmächtige Wut gegen die
- >> Faschisten und ihre staatlichen Beschützer.
- >>
- >> Die Verantwortung für diesen wahnsinnigen Polizeieinsatz, der viele
- >> Millionen Euro gekostet hat (für jeden Nazi hat der Staat ca.
- >> 10.000 Euro ausgegeben, damit er marschieren konnte), tragen die
- >> verantwortlichen Politiker in Stadt und Land. Dies sollte
- >> Konsequenzen haben.
- >>
- >> Dennoch gelang es Angehörigen des Anti-Nazi-Bündnisses, durch die
- >> Führung ortskundiger RödelheimerInnen, die Polizei zweimal
- >> auszutricksen. Sie gelangten auf Schleichwegen in die Sperrzone und
- >> später auf die Marschroute der Neonazis, die durch ein enormes
- >> Polizeiaufgebot hermetisch abgesperrt war.
- >>
- >> Die unterzeichnenden Gruppen danken allen Menschen, die trotz
- >> Repressalien und Einschüchterung die Kraft und den Mut aufgebracht
- >> haben, sich den Nazis in den Weg zu stellen und zu zivilem Ungehorsam
- >> bereit waren.
- >>
- >> Die Verhältnisse im Jahr 2007 sollen nicht mit 1933 gleichgesetzt
- >> werden. Angesichts der 17 597 rechtsradikalen Straftaten im letzten
- >> Jahr und der 136 Toten seit 1989 werden aber historische
- >> Assoziationen wach, wenn deutsche Polizisten die Faschisten schützen,
- >> die etablierten Organisationen sich fernab vom Geschehen von dem
- >> Nazi-Pöbel verbal abwenden und die Bevölkerung wegsieht.
- >> Wehret den Anfängen!
- >>
- >> **Courage gegen Rassismus,**
- >> **Friedensinitiative Rödelheim,**
- >> **Zusammen e.V. (Stadtteilprojekt Rödelheim)**

09.07.2007 URL: [http://www.fr-](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/lokalnachrichten/aktuell/?em_cnt=1169271)

[online.de/frankfurt_und_hessen/lokalnachrichten/aktuell/?em_cnt=1169271](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/lokalnachrichten/aktuell/?em_cnt=1169271)

Frankfurt trotzt den Nazis - Antifa blockiert Gleise / 750 bei NPD-Demo / Befürchtete Krawallnacht bleibt aus

VON FELIX HELBIG, GEORG LEPPERT UND MEIKE KOLODZIEJCZYK




[Gegendemonstranten besetzen Schienen](#) (FR/Kraus)

Am Tag danach ziehen Polizei und Demonstranten Bilanz: 209 Festnahmen, ein Dutzend Leichtverletzte, rund 300 000 Euro Schaden an den Bahnanlagen, massenhaft ausgefallene Züge und S-Bahnen. Kaum eine Demonstration in den vergangenen Jahren hat in Frankfurt derartige Spuren hinterlassen wie der NPD-Aufmarsch an diesem Samstag. Immerhin: Die befürchteten Straßenschlachten blieben aus.

"In Frankfurt leben couragierte Bürger, die ihr Maul auch aufmachen", ruft Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) am Samstagmittag den knapp 2000 Menschen zu, die zur Kundgebung des Römerbergbündnisses vor das Rathaus gekommen sind. Zur gleichen Zeit soll am Industriehof der Aufmarsch der NPD beginnen. Doch unter der Breitenbachbrücke stehen gerade einmal sechs Rechtsextreme zusammen. Die übrigen Demonstrationsteilnehmer stecken in Zügen fest. Denn die Taktik der Autonomen Antifa Frankfurt, die Rechten erst gar nicht anreisen zu lassen, geht zumindest bis zum frühen Nachmittag auf. Bereits am Morgen stören Gegendemonstranten den Bahnverkehr. Sie zünden sechs Sicherungskästen und Signalanlagen an. Am Vormittag setzen sich NPD-Gegner am Bahnhof Rödelheim auf die Schienen. Die Polizei muss mit Hubschraubern Verstärkung einfliegen, um die Gleise zu räumen. Wenig später beginnt zwischen den S-Bahnstationen Messe und Westbahnhof die größte Blockade. Gut 500 Menschen sitzen auf

und an den Gleisen. "Unser Ziel ist es, dass die Demonstranten freiwillig die Schienen verlassen", sagt Polizei-Einsatzleiter Malte Neutzler. Das Konzept geht auf, nur vereinzelt gibt es Rangeleien. Mit zwei Stunden Verspätung fährt die mit NPD-Anhängern besetzte S-Bahn in Richtung Westbahnhof. Als sie die Gegendemonstranten passiert, fliegen Steine.

Mehr zum Thema

 Fotostrecke: [NPD-Demo und Gegendemo in Frankfurt](#)

Der Aufmarsch der Rechtsextremen beginnt schließlich zweieinhalb Stunden später als geplant. Gekommen sind 750 Teilnehmer - viel weniger als erwartet. Die NPD hatte im Vorfeld von 2000 Demonstranten gesprochen. Offenbar sind insbesondere Rechtsradikale aus Ostdeutschland zum zeitgleich stattfindenden Aufmarsch in Rostock gefahren. In Frankfurt trotzten insgesamt etwa 4500 Gegendemonstranten den Nazis. Da die Polizei bereits in der Nacht Absperrungen eingerichtet hatte und mit einem Großaufgebot vor Ort ist, gelingt es nur wenigen Gegendemonstranten, an die Strecke der Rechtsextremen zu gelangen. Handfeste Auseinandersetzungen gibt es nur am Fischstein. Links und rechts der U-Bahnstrecke stehen sich NPD-Anhänger und -Gegner gegenüber. Steine und Flaschen fliegen. Die Polizei setzt einen Wasserwerfer gegen die Antifaschisten ein.

Nach drei Stunden beendet die NPD ihren Aufmarsch. Am Hauptbahnhof gibt es wieder Auseinandersetzungen mit Linken. Danach verlassen die Neonazis Frankfurt. Manche NPD-Gegner ziehen weiter zu Protestpartys, wo sie sich noch kleinere Rangeleien mit der Polizei liefern. Die befürchtete Krawallnacht aber gibt es nicht.

Sowohl die Polizei als auch die Gegendemonstranten ziehen am Sonntagvormittag ein positives Fazit der Proteste. Die Rechtsextremen hätten einen lächerlichen Eindruck hinterlassen, sagt Antifa-Sprecher Lars Mertens: "Dass die Polizei 8000 Beamte beschäftigen musste, macht deutlich, dass Nazis in Frankfurt nur im Ausnahmezustand marschieren können." Auch Polizeipräsident Achim Thiel ist erleichtert: Obwohl die Signale der unterschiedlichen politischen Gruppierungen deutlich auf Gewalt ausgerichtet gewesen seien, "hat das polizeiliche Einsatzkonzept gestimmt." Es sei bestens gelungen, rechte und linke Demonstranten zu trennen, teilt die Bundespolizei mit.

Der Asta der Goethe-Universität fordert eindringlich, von juristischen Maßnahmen gegen die Nazi-Gegner abzusehen. "Die Demonstranten verteidigen die Verfassung", sagt Referent Amin Benaissa: "Wir appellieren auch an die Bahn AG, von Strafanzeigen abzusehen." **Seiten R2 und R3**

Aktuell: [Der Tag, an dem die Nazis kamen](#)

Aktuell: [Der Hitlerbart ist endgültig ab](#)

Kommentar: [Nazifrei](#)

09.07.2007 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/lokalmeldungen/aktuell/?em_cnt=1169274

Der Tag, an dem die Nazis kamen

- 17 Stunden Protest und Propaganda



[NPD-Aufmarsch](#) (FR/Kraus)

6 Uhr, Industriehof: Frankfurt im Ausnahmezustand. Die Demonstrationsroute der NPD ist abgeriegelt. Polizisten stellen im Morgengrauen Drängelgitter auf, Busse und U-Bahnen fahren nicht mehr, Hubschrauber kreisen über Rödelheim, Hausen und Bockenheim.

10.30 Uhr, Stadion: Die ersten Proteste. Linksextreme zünden am Bahnhof Stadion ein Zugsignal an. Auch am Westbahnhof, in Rödelheim und an der Strecke nach Friedrichsdorf brennen Signale und Sicherungskästen. Züge und S-Bahnen haben Verspätung. Später wird die Bahn den Schaden auf 300 000 Euro beziffern.

11.15 Uhr, Rödelheim: Einige hundert Gegendemonstranten, die sich in der Lorscher Straße getroffen hatten, setzen sich am Bahnhof Rödelheim auf die Schienen. Die Polizei hat Mühe, an sie heranzukommen. In kurzen Abständen landen sechs Hubschrauber hinter dem Bahnhof und bringen Verstärkung. Nach einem Handgemenge werden einige Blockierer eingekesselt. Die Linken skandieren: "Deutsche Polizisten schützen die Faschisten..."

12 Uhr, Bahnhof Messe: Die nächste Blockade, diesmal mit gravierenderen Folgen. 500 NPD-Gegner

machen für zwei Stunden den Schienenstrang zwischen Messe und Westbahnhof dicht.

12.30 Uhr, Rödelheim: Eine halbe Stunde vor dem geplanten Beginn des Aufmarsches ist die Demonstrationstroute verwaist. Viele Anwohner der Rödelheimer Landstraße haben schon am Vormittag das Viertel verlassen und sich den Gegendemonstranten angeschlossen. Wer noch da ist, geht nicht mehr vors Haus.

12.40 Uhr, Römerberg: Letzter Soundcheck auf der Rednerbühne, wo das Römerbergbündnis für 13 Uhr zur Gegen-Kundgebung aufgerufen hat. Ein junges Mädchen hockt am Gerechtigkeitsbrunnen und tippt einen Bericht zur Lage in ihr Handy: "Hier sind nur Polizisten und alte Leute. Die Jungen sind alle am Industriebhof."

13.05 Uhr, Hauptbahnhof: Jubel an der Messe, denn im Hauptbahnhof sitzen 300 Rechte fest. Ihre Züge in Richtung Westbahnhof können wegen der Blockade immer noch nicht fahren. Als die Gleise schließlich frei sind und die Bahnen die Nazi-Gegner passieren, recken sich hunderte Mittelfinger den Neonazis entgegen. Auch Steine und Flaschen fliegen, der Zug wird beschädigt.

13.11 Uhr, Römerberg: Der Frankfurter Jazzmusiker Emil Mangelsdorff eröffnet die Kundgebung. DGB-Chef Harald Fiedler begrüßt, "dass es heute so viele Aktivitäten gegen die NPD und Ihresgleichen gibt." OB Petra Roth pustet kräftig in das Mikrophon. Dann legt sie los: "Frankfurt ist eine liberale Stadt, eine demokratische Stadt, eine Stadt des Geistes." In dieser Atmosphäre sei kein Platz für "Hochmut, Engstirnigkeit und Dummheit". Tosender Applaus.

13.39 Uhr, Breitenbachbrücke: Eigentlich müssten sie längst auf der Strecke sein. Doch am Treffpunkt der NPD unter der Breitenbachbrücke finden sich gerade einmal fünf einsame Nazis auf einer Wiese. Der sechste ist der NPD-Landesvorsitzende Marcel Wöll. Er trägt blaues Hemd und Bundfaltenhose und bietet sich den wartenden Journalisten zum Interview an. Eine weitere Hundertschaft der Polizei trifft ein.

13.43 Uhr, Römerberg: Bei allem Verständnis für den Einsatz der Polizei beim NPD-Aufmarsch kann es Jan Lamprecht vom Frankfurter Jugendring nicht nachvollziehen, "mit welchen Massen diese Partei geschützt wird". Professor Arno Lustiger beschimpft die NPDler als "erbärmliche Lügner", "offene Feinde der Demokratie" und "braune, gewaltbereite Dummbacken". Er fordert: "Verbietet die NPD doch endlich."

14.05 Uhr, Westbahnhof: Die erste Zugladung Nazis erreicht den Treffpunkt. Es sind etwa 200 Personen, die an den Gleisen entlang zur Breitenbachbrücke geleitet werden. "Heute ist unser Tag!", ruft einer von ihnen.

14.59 Uhr, Breitenbachbrücke: Einer unter der Brücke ist mutig. Mehr als 600 Nazis sind inzwischen angekommen, als ein Mann mittleren Alters über Megaphon lautstark therapeutische Hilfe für Aussteiger anbietet. Kurz droht die Situation zu eskalieren, doch die Polizei stellt sich dem Therapeuten zur Seite. Die Nazis rufen: "Wer Deutschland nicht liebt, muss Deutschland verlassen!"

15.32 Uhr, Rödelheim: Schon nach 150 Metern kommt es beim Aufmarsch (Wöll: "Immer in Viererreihen!") zu ersten internen Auseinandersetzungen. Kurzhaarige Ordner brüllen Demo-Teilnehmer, die nicht in Reih und Glied laufen, an: "Seid ihr Bolschewisten, oder was?" Unter den Rechten gibt es ein Gerangel. Die Polizei muss einschreiten. Bei der ersten Kundgebung an der Ludwig-Landmann-Straße sprechen Vertreter von schwedischen und italienischen Nazi-Gruppierungen, dann der Hamburger Holocaustleugner Christian Worch. Wöll trifft ein Wurfgeschoss, das nach aufgeweichtem Zwieback aussieht.

16.20 Uhr, Innenstadt: Am Jürgen-Ponto-Platz und am Opernplatz gibt es Scharmützel zwischen Antifa-Gruppen und der Polizei. Die Linken, die angekündigt hatten, ihren Protest in die City zu tragen, beklagen Verletzte. Die ganze Innenstadt ist voll von Polizei, Staus bilden sich. Chaos auch an der Hauptwache: Der S-Bahnverkehr ist immer noch stark gestört, kaum ein Zug fährt zur Messe oder zum Westbahnhof.

17.12 Uhr, Fischstein: Plötzlich geht alles ganz schnell. War die Demo-Route der Nazis bislang verwaist, so kommen die Gegendemonstranten jetzt auf einmal ganz nah an den Aufmarsch heran. Nur die Bahnschienen trennen beide Gruppen, im hohen Bogen fliegen Steine und Flaschen auf die Nazis. Die Polizei setzt einen Wasserwerfer gegen linke Protestler ein und nimmt vorübergehend zwei Nazis fest.

18.03 Uhr, Neue Börse: Durch die verlassenen Straßen am Industriebhof erreichen die Nazis die Neue Börse. Fast eine Stunde lang dauert ihre letzte Kundgebung, dann ist es vorbei. Der Aufmarsch wird von der Polizei zurück zum Westbahnhof geleitet.

19.50 Uhr, Hauptbahnhof: Die Rechten steigen an Gleis 16 aus. Die meisten wollen in einen Zug umsteigen, der nach Wiesbaden und Koblenz fährt. Am Bahnsteig treffen Nazis und Antifa ein letztes Mal aufeinander. Die Linken singen "Ihr habt den Krieg verloren" und "Stalingrad war wunderbar". Dann wird es handgreiflich. Steine und Flaschen fliegen über Gleise hinweg, die Polizei hat Mühe, die Gruppen zu trennen. Um 20 Uhr fährt der Zug der Rechtsextremen ab. Die Polizei drängt die Antifa aus dem Bahnhof.

22.45 Uhr, Rödelheim: Der Tag endet, Polizisten bauen bis in die Nacht die Absperungen ab. Frankfurt hat es überstanden.

Text: Hans-Jürgen Biedermann, Felix Helbig, Meike Kolodziejczyk und Georg Leppert

09.07.2007 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/lokalmeldungen/aktuell/?em_cnt=1169291

Der Hitlerbart ist endgültig ab-
VON MEIKE KOLODZIEJCZYK

Aussteiger Matthias Adrian warnt vor Neonazis



[Matthias Adrian](#) (dpa)

Er spricht mit verstörend angenehmer, sanfter Stimme; seine Worte wirken gewählt, mitunter geschraubt. Je mehr er sich in Fahrt redet, desto stärker kommt sein südhessischer Dialekt durch. Und so etwas wie Spott. Über seine Untaten, seine ehemaligen Kameraden, über sich. Es ist nicht komisch, was er erzählt, obwohl manche seiner Anekdoten fast satiretauglich sind. Die Sache mit dem Frankfurter Messeturm zum Beispiel: "In rechtsextremen Kreisen wurde wirklich darüber diskutiert, ob seine Spitze die Pyramide mit dem allsehenden Auge Zions sei, ein Freimaurertempel, der über den europäischen Finanzplatz wacht." Matthias Adrian hat solches Zeug einmal geglaubt. Ein strammer Neonazi und Antisemit war er. Im Jahr 2000 ist er aus der Szene ausgestiegen.

Geschichten vom Großvater

Davor lag eine gute Dekade, in der er für rechtsextreme Ideen eintrat, für "die Ideologie", wie er immer wieder betont. Er ist nicht wie das Gros der Nachwuchs-Nazis über Musik und Subkultur nach Rechtsaußen gerutscht. "Diese Hackfleischmusik hat mich nicht interessiert." Sondern "die Ideologie": Antisemitismus, Rassismus, Nationalsozialismus.

Mehr zum Thema

[Fotostrecke: NPD-Demo und Gegendemo in Frankfurt](#)

Die ersten Bausteine dafür fand er in den Geschichten des Großvaters und des Onkels; vom Krieg, vom "Dritten Reich", von der "judoplutokratischen Weltverschwörung". Rechtsextrem sei sein Elternhaus in Bürstadt nicht gewesen, beteuert Adrian, nur sehr konservativ und katholisch. "Da wurde noch das Bild vom Juden als Christusmörder gezeichnet." Die Deutsche Nationalzeitung gab es im Abonnement, mit elf Jahren schon blätterte Adrian darin. In der Schule geriet er mit Lehrern aneinander, die Nationalsozialismus und Holocaust plötzlich ganz anders darstellten als Opa und Onkel. "Latenten Rechtsextremismus" nennt der heute 31-Jährige diese "erste Phase", die dumm-pubertären Pöbeleien, die Umtriebe mit den "Dorfbuben".

Krude Verschwörungstheorien

Irgendwann begnügte er sich nicht mehr damit, Hakenkreuze an Wände zu schmieren. Gezielt suchte er Kontakt zu "rechtsextremen Denkkreisen", die ihm Propaganda-Schriften vorsetzten. Er sog sie auf, all die kruden Verschwörungstheorien und Thesen von der vermeintlichen Überlegenheit der "Arier". Er schor sich einen Hitlerbart, trug Seitenscheitel und Uniformen und tapezierte seine Wohnung mit Bildern vom "Führer". Mit 21 Jahren trat er in die NPD ein und saß bald im hessischen Landesvorstand der Jungen Nationalisten (JN).

Drei Jahre später der Ausstieg. "Viele erwarten diese Schlüsselerlebnisse", antwortet Adrian auf das Warum. "Aber bei mir war es eine schleichende Entwicklung." Das Verhalten der eigenen Kameraden wurde ihm zunehmend zuwider. Saufen bis zum Umfallen, Spendenveruntreuung. Als dann noch ein hoher NPD-Funktionär mit seinen Puff-Besuchen in Polen prahlte, war es Adrian genug. Da habe er begriffen: "Das kann nicht die nationale Elite sein."

An einen Abschied aus der Szene dachte er noch nicht, im Gegenteil. Er wollte seine Kampfgefährten zurück auf den rechten Weg führen, ihnen "die Ideologie" wieder näher bringen. Er begann Alfred Rosenbergs "Der Mythos des 21. Jahrhunderts" zu lesen, eigentlich mit der Absicht, die alte Nazi-Bibel für die Ewiggestrigen zu aktualisieren. "Dass die germanische Rasse aus Atlantis abstammen soll", wie darin behauptet, "war mir aber echt zu obskur". Er fing an zu zweifeln, endlich, mehrere Monate lang. Die ganze Weltanschauung, "die Ideologie", an die er all die Jahre geglaubt hatte, stürzte zusammen und ihn selbst in Depressionen. Er wandte sich an "Exit", eine Initiative, die Aussteigern hilft, sich aus dem braunen Sumpf herauszuziehen.

Doch zum Ärger seiner ehemaligen Kameraden kehrte er ihnen nicht nur den Rücken. Er stellte sich gegen

sie, sprach öffentlich über das Innenleben der Szene. "Fortan galt ich als Verräter." In Aufrufen sei er zur Exekution freigegeben worden, er erhielt Drohungen im Stil: "Die Kugel für deinen Kopf ist schon gegossen." Er ließ sich nicht abhalten von seiner neuen Mission, junge Menschen über "die falsche Ideologie" zu informieren. Seit 2001 ist er als politischer Referent für Exit in der Republik unterwegs, in Schulen, Jugendzentren, auf Veranstaltungen. Der Ex-Nazi ist heute Mitglied der SPD und bezeichnet sich als "Fan der Demokratie". Sein Ziel: Rechte zum Nachdenken zu bringen. "Und zwar so, dass sich ihr Weltbild nach dem ersten Bier nicht gleich wieder einpegelt."

09.07.2007 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/lokalnachrichten/aktuell/?em_cnt=1169275

Kommentar - Nazifrei

Von Georg Leppert

Es war der schönste Moment eines langen, anstrengenden Tages: Als die Nazis um 20 Uhr endlich in ihren Zug stiegen, als sie sich noch einmal die Schmährufe der vielen hundert Gegendemonstranten anhören mussten, als sich dann die Türen schlossen und der Zug abfuhr. Der braune Pöbel hatte Frankfurt verlassen.

Dass er in den Stunden zuvor nur wenig Unheil anrichten konnte, ist vor allem den Bürgern dieser Stadt zu verdanken. Sie haben sich engagiert gegen die NPD gestellt, haben kreativ und auf vielfältige Weise demonstriert. Ob bei der Kundgebung vor dem Römer oder direkt an den Polizeiabsperrungen - Frankfurt einte der Gedanke: In unserer Stadt, der buntesten, internationalsten Stadt Deutschlands, werden Rechtsextreme nicht ohne Widerstand aufmarschieren. Dass bei dem Protest auch Steine flogen, ist bedauerlich. Doch diese Vorfälle können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die allermeisten Menschen friedlich demonstrierten.

Wohltuend unaufgeregt verhielten sich auch die meisten Polizisten. Von übertriebenem Aktionismus war nichts zu sehen. Ob bei der Gleisblockade an der Messe oder den Protesten am Hauptbahnhof. Fast immer schritten die Beamten erst spät ein - und trugen so ihren Teil dazu bei, dass die NPD die Stadt Frankfurt in keiner guten Erinnerung behalten wird.

09.07.2007 www.npd-blog.info

Der 'Kampf um die Straße' - vergeht den Neonazis die Lust?

Mit zahlreichen Demonstrationen will die rechtsextreme NPD in diesem Jahr auf sich aufmerksam machen und in die Schlagzeilen kommen. Das Problem: Offenbar breitet sich in der Szene eine gewisse Demo-Müdigkeit aus. So kamen in Frankfurt am Main statt der angekündigten 1500 Teilnehmer etwa 500. In Rostock folgten etwa 300 Personen einem Aufruf der NPD, für ein privates Bekleidungsgeschäft auf die Straße zu gehen. In der vergangenen Woche waren es etwa 250. Auch bei anderen Aufmärschen wurden die vorher verkündeten Teilnehmerzahlen weit unterschritten.

Und das Pressefest des NPD-Verlags Deutsche Stimme findet in diesem Jahr gar nicht statt. Es solle im kommenden Jahr mit einem veränderten Konzept veranstaltet werden, hieß es auf der Homepage der DS. **Dafür soll am 08. September 2007 das 'Fest der Völker' durchgeführt werden.**

09.07.2007 <http://antifa.frankfurt.org/NS-Demo2007/auswertung-ank.html>

Erste Auswertung zur Nazi-Demonstration am 7. Juli in Frankfurt

Presseerklärung der Anti-Nazi-Koordination

Eine erste kurze Bilanz der heutigen Ereignisse rund um die Nazi-Demonstration in Frankfurt ergibt: es gelang dank des tatkräftigen Schutzes von 8000 PolizeibeamtInnen aus der ganzen Republik, für die NPD und ihren Anhang deren Demonstration "Volksgemeinschaft statt Globalisierung" gegen den Widerstand von mehreren Tausend GegendemonstrantInnen durchzusetzen.

Damit ist zunächst das politische Konzept des hessischen Innenministers Volker Bouffier und des schwarz-grünen Magistrats der Stadt aufgegangen, sich das Heft des Handelns in der Frage, ob eine Nazi-Demonstration in Frankfurt stattfinden kann oder nicht, jedenfalls nicht ganz aus der Hand nehmen zu lassen. Damit hat die Exekutive ein weiteres Mal bewiesen, daß ihr wirksamer gesellschaftlich organisierter und nicht bloß symbolischer Antifaschismus ein Dorn im Auge ist. Das ist Demokratie à la Hessen und Frankfurt 2007. Die materiellen und vor allem die politischen Kosten dieser Politik sind hoch bzw. noch nicht einzuschätzen.

Die Anti-Nazi-Kräfte waren präsent, aktiv, einfallsreich und beweglich. Für eine wirklich erfolgreiche Verhinderung der Nazidemonstration waren wir trotz beispiellos breiter gesellschaftlicher Unterstützung zu wenige auf der Straße.

Die Nazis erreichten mit ihrer Teilnahme nur etwa die Hälfte der von ihnen selbst erwarteten Beteiligung. Die zum Teil weitgereisten Kader mußten stundelange Verzögerungen ihrer Anreisen in Bussen und Bahnen hinnehmen, bevor sie unter dem Schutz von durchschnittlich 16 PolizistInnen pro Demonstrant durch weitgehend menschenleere Gefilde der Stadt, ein samstäglich-ödes Industrieviertel mit wegen Wochenendes stillgelegter Börse umrunden konnten, entlang der Niddawiese, die eigens zu ihrem Schutz mit NATO-Draht ausstaffiert war. Zudem wurde die Route auch noch während der Demonstration von der

Polizei verkürzt. Spaß kann das den Nazis nicht gemacht haben. Wir vermuten, daß Kamerad Wöll sich wegen dieses erheblichen Fehlschlages einige anzuhören haben wird, bevor er dann in einem Monat wegen Volksverhetzung wegen Gericht stehen wird.

Die Polizei nahm etwa 200 GegendemonstrantInnen kurzfristig fest. Der Ermittlungsausschuß arbeitet die Fälle ab.

Zu schwerwiegenden Verletzungen scheint es nach unserem derzeitigen Kenntnisstand und ersten Medienberichten glücklicherweise nicht gekommen zu sein.

GegendemonstrantInnen gelang es erfolgreich, den Anreiseweg der Nazis wieder und wieder zu unterbrechen und somit eine von den Medien im Wesentlichen korrekt berichtete stundenlange Verzögerung des Demonstrationsbeginns zu erreichen. Der Bahnhof Rödelheim war längere Zeit besetzt, die Gleise vollständig blockiert. Erst nach dem Antransport von weiteren Polizeieinheiten mit Hubschraubern gelang es diesen, die antifaschistische Blockade gewaltsam zu beenden. Ebenfalls über längere Zeit hielten AntifaschistInnen die S-Bahn-Gleise im Bereich Emser Brücke besetzt. Dies führte rund um den Frankfurter Hauptbahnhof zeitweise zu Verzögerungen im Reiseverkehr.

Rund um die Demonstrationsroute der Nazis im Frankfurter Stadtteil Hausen - Industriefhof kam es an den Stellen Ludwig-Landmann-Straße / Ecke Rödelheimer Straße, Fischstein, Industriefhof, Rödelheimer Landstraße / S-Bahn-Linie, Westbahnhof und Breitenbachbrücke zu Blockadeversuchen und Auseinandersetzungen mit der Polizei, der es jedoch ihrerseits mit wenigen Ausnahmen aufgrund ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit gelang, die Route der Faschisten zu schützen.

Nach Medienberichten und unserem derzeitigen Kenntnisstand kam es nicht zu den von manchen klammheimlich oder auch offen geradezu herbeigesehnten gewaltsamen Ausschreitungen von Antifa-Gruppen. Alle diesbezüglichen Vorhersagen von sehr unterschiedlicher Seite erwiesen sich erwartungsgemäß als interessegeleitete Hysterie und Panikmache.

Das Verhalten der Polizei den Nazis gegenüber ist ein Skandal, der noch zu besprechen sein wird. Angekündigt hatte Polizeipräsident Dr. Achim Thiel, die Polizei werde "Regelverstöße jeder Art" nicht dulden. Aus vielen Erfahrungen hatten wir ihm das nie abgenommen. Zu Recht. Denn: Geduldet wurde die Tatsache, daß von den 500 mühsam angereisten Faschisten etwa 100 verummumt waren - jede Linke Demonstration dieser Art hätte kurz vor der Auflösung gestanden. Geduldet wurde er Nazi-Sprechchor: "BRD, Judenstaat, wir haben Dich zum Kotzen satt!", ohne daß die Polizei eingriff. Geduldet wurde das Singen faschistischer Lieder, die von der Polizei intern selbst als verboten eingestuft wurden - kein Auflösungsgrund. Geduldet wurde das Zeigen einer geringfügig veränderten Reichskriegsflagge. Zwei "Kameraden" wurden wegen Steinwürfen festgenommen und dann wieder freigelassen, nachdem ihre Mitdemonstranten sich weigerten, andernfalls ihren Weg nicht fortzusetzen. Polizeilicher Kuschelkurs für Nazis. Alle diese Informationen beruhen auf glaubwürdigen Augenzeugenberichten.

Der schwarz-grüne Magistrat Frankfurts, der Innenminister des Landes Hessen und die von ihm politisch angeleiteten Polizeiführungen in Hessen und Frankfurt haben mit der heutigen polizeilichen Materialschlacht gegen uns AntifaschistInnen deutlich gezeigt, daß sie jede gesellschaftlichen Eigeninitiative gegen Faschismus nur in dem von ihnen selbst gezogenen engen Rahmen dulden wollen. Für sie ist das eine offensichtlich wichtige gesellschaftliche Machtfrage. Allen liberalen Bekundungen zum Trotz haben sie politisch eine Situation zu verantworten, in der die Nazis über Monate folgenlos mit Gewaltdrohungen, rassistischer Hetze und offenem Nazivokabular bis hin zur unverhüllten Selbstbezeichnung als "Nazi" geworben werden konnte. Man mußte sich schon Augen und Ohren gleichzeitig zuhalten um dies zu ignorieren. Oder man hätte wirksam und konsequent einschreiten, das heißt: die Demonstration verbieten und damit die politische Mitverantwortung für sie ablehnen müssen. Es ist paradox, daß dieselben, die ein Demonstrationsverbot für "symbolische Politik" halten (Boris Rhein) in ihrem sonstigen Antifaschismus konsequent rein symbolisch agieren. Die Anti-Nazi-Koordination hat aufgrund ihres Aufrufs, in dem seit März 2007 offen zu einer Blockade der Nazidemonstration auch außerhalb des Rahmens der Legalität aufgerufen worden war, eine vorher nicht erwartete gesellschaftliche Breite des Widerstands gegen Nazifaschismus organisieren könne (vgl. UnterstützerInnen-Liste). Bei aller Unterschiedlichkeit der Kräfte dieses Bündnis liegt hier ein möglicher Kern für eine antifaschistische zukünftige Massenbewegung in Frankfurt, die sich auch unter Druck nicht spalten läßt, und in ihren Aktionen Masse und Entschiedenheit künftig noch erfolgreicher miteinander verbindet. Eine detailliertere Auswertung wird folgen.

[Bericht und Resumee](#) von den Aktionen gegen den Naziaufmarsch am 7. Juli in Frankfurt am Main durch die Antifa-Koordination Frankfurt

Zur Seite über ältere [antifaschistische Nachrichten](#)

10.07.2007 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/lokalnachrichten/frankfurt/?em_cnt=1169931

Nach der Demo - OB will NPD-Verbot

Sehr erleichtert" ist sie und "sehr stolz auf diese Stadt": Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) zeigt sich am Montag zufrieden mit der Reaktion der Bürger auf die Herausforderung durch die rechtsextreme NPD. Am Samstag habe sich auch gezeigt, dass "das Römerberg-Bündnis lebt". Gemeinsam mit

Ordnungsdezernent Boris Rhein (CDU) urteilt das Stadtoberhaupt: "Wir haben eine politische, juristische und polizeiliche Antwort auf die Herausforderungen des Rechtsradikalismus gefunden." Rhein kritisiert allerdings den Hessischen Verwaltungsgerichtshof (VGH) in Kassel. Es sei nicht nötig gewesen, die Dauer der NPD-Demonstration zu verlängern und die Demonstrationsroute auszuweiten.

Roth, die auch Vize-Präsidentin des Deutschen Städtetages ist, will ein Verbot der NPD nach den Sommerferien im September "im Präsidium des Städtetages auf die Tagesordnung bringen". Die OB dankt der Polizei für ihre "kluge Einsatzstrategie". jg

Mehr zum Thema

 **Fotostrecke: [NPD-Demo und Gegendemo in Frankfurt](#)**

11.07.2007 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/lokalnachrichten/aktuell/?em_cnt=1170487

Fußfessel für Republikaner - Beschuldigter Plappert

Fulda. Der stellvertretende Landesvorsitzende der rechtsradikalen Republikaner (REP), Bernhard Plappert, ist mit einer Fußfessel aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Beim Haftprüfungstermin habe das Landgericht "die Fluchtgefahr so nicht gegeben" gesehen, sagte der Sprecher der Staatsanwaltschaft Fulda, Harry Wilke, gestern. Der Fuldaer Kreistagsabgeordnete sitzt seit zwei Monaten in U-Haft. Dem 59-Jährigen wirft die Staatsanwaltschaft gewerbsmäßige Hehlerei und bandenmäßigen Anbau von Betäubungsmitteln vor. Sie bestätigte auf FR-Anfrage, dass Plappert Teilgeständnisse abgelegt habe.

Unter anderem soll er einen Bunker in Hessisch-Lichtenau zum Drogenanbau gemietet haben. Die Hanfplantage war 2006 aufgefliegen, als die Bewässerungsanlage einen Wasserschaden verursacht hatte. Zusätzlich soll Plappert mehrere Einbrüche in Auftrag gegeben haben. Sein Fraktionskollege Anton Rummel bezweifelte, ob die U-Haft bei einem Beschuldigten mit CDU-Parteibuch auch so hart ausgefallen wäre. Plappert sei am 15. Mai von allen Parteiämtern und am 2. Juli von seinem politischen Ehrenamt zurückgetreten. Ci

12.07.2007 www.npd-blog.info

Hessens NPD-Chef Wöll spricht sich für militantes Vorgehen aus

Der hessische NPD-Chef Marcel Wöll kann sich nicht über zu wenig Aufmerksamkeit beklagen: [Seine Nachrichten-Propaganda-Sendung im Internet brachte ihm bundesweite Berühmtheit ein](#), [sein tatkräftiger Einsatz im Kreistag von Wetterau Ermittlungen gegen seine Person](#). Bei seinen Auftritten im Kreistag und in seinem Nachrichtenstudio versucht Wöll meist seriös zu wirken. Wie der NPD-Funktionär aber zur Gewalt auf der Straße steht, dokumentierte er jetzt in einer Erklärung zu einem NPD-Aufmarsch in Frankfurt am Main, bei dem es zu Auseinandersetzungen zwischen den Teilnehmern und NPD-Ordnern kam.

Auf einer rechtsextremen Internet-Seite bekannte sich Wöll deutlich zur Militanz: *Der Sinn von militantem Vorgehen sollte es sein, seine Rechte durchzusetzen wenn man sie beschnitten bekommt, darin sollten wir uns auch einig sein.* Zu dem Verhalten der so genannten *Autonomen Nationalisten* meinte Wöll: *Sinnvoller Widerstand sieht anders aus. Wenn es Probleme mit der Polizei gibt, diese provoziert, die Marschroute blockiert, schikaniert mit Kontrollen oder ähnlichem kann man die komplette Palette von Widerstand auffahren, aber warum sollte man dies tun, wenn es nicht nötig ist?*

Wie diese Palette von Widerstand aussehen kann, verrät der hessische NPD-Chef auch: *Als allerdings die Antifa an einem Streckenabschnitt mit Steinen warf, tat sich besagter Block dann durch gänzliche Dummheit hervor. [...] Nein, zurückgeworfen wurde nichts, dass hätte ich noch gut verstehen können.*

Konflikt zwischen NPD-Funktionären und Autonomen Nationalisten?!

Außerdem zeigen Wölls Ausführungen sehr deutlich, wo die Konflikte in der rechtsextremen Bewegung liegen: *Fest steht auch, das Kameraden, die auch auf Demonstrationen keine Autoritäten anerkennen können gerade ein geschlossenes Bild und auch ein geschlossenes Vorgehen unmöglich machen wenn es denn nötig ist. Solche Personen zeichnen sich eher dadurch aus, das sie noch pluralistischer sind als FDP und Grüne zusammen.*

Die NPD-Funktionäre haben offenbar herzlich wenig Lust, mit den jungen selbstbewussten Neonazis - die sich Kleidung, Aktionsformen und Namen bei der Linken geklaut haben - herumzudiskutieren. Nochmal NPD-Funktionär Wöll: *Es kann keine Diskussionen auf Demonstrationen geben, was denn nun richtig sei und was nicht, die Versammlungsleitung (in diesem Fall meine Person) hat hier eine Entscheidung zu treffen.* Inwieweit das die Neonazis auch so sehen, die noch keinen Posten in der NPD abbekommen haben, wird sich zeigen.

14.07.2007 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/lokalnachrichten/frankfurt/?em_cnt=1172494

Polizei wertet Material aus - Neonazi-Demo hat Nachspiel VON FELIX HELBIG



[Letzte Parolen vor der Abfahrt](#) (FR)

Wer kennt diese Frau? Die Frage prangt an diesem Freitag groß über dem Bild einer Dunkelhaarigen mit Sonnenbrille auf den Internetseiten der Anti-Nazi-Koordination. Szene-Kundigen ist sie aus einem NPD-Mobilisierungsvideo aus den Tagen vor dem Aufmarsch, das bei Teilen von Medien und Polizei flugs in Verdacht geriet, es könne eine Fälschung der Antifa sein. Doch das neue Foto stammt vom NPD-Aufmarsch am 7. Juli. Die junge Dunkelhaarige - eindeutig Neonazi.

Nach dem Aufmarsch von mehr als 700 NPD-Anhängern am vergangenen Samstag tobt im Internet eine Beweisschlacht. Vor allem die Antifaschisten haben Ton- und Bildmaterial gesammelt und ausgewertet. Ihre Vorwürfe reichen vom kruden Verdacht, die Bundeswehr bereite sich eigenmächtig auf den Einsatz im Innern vor, weil ihre im Industriebhof stationierten Feldjäger den Aufmarsch vom Dach ihres Gebäudes aus beobachteten, bis hin zu handfesten Beweisen.

So belegt die Anti-Nazi-Koordination mit Videos und Zeugen antisemitische Sprechchöre, gegen die die Polizei trotz klarer Demo-Auflagen nicht eingeschritten war. Die Parolen "Nie wieder Israel!" und "Juden raus aus deutschen Straßen!" sind ebenso dokumentiert wie der Slogan "BRD, Judenstaat, wir haben dich zum Kotzen satt!". Auf Nachfragen, ob solche Parolen nicht Anlass zur Auflösung der Demo seien, hatten die Einsatzkräfte vor Ort nicht reagiert. Statt dessen erklärte der Frankfurter Polizeipräsident Achim Thiel im Anschluss an den NPD-Aufmarsch im Hessischen Rundfunk, in Absprache mit der Staatsanwaltschaft sei sehr eng kontrolliert worden. "Es waren keine verummten NPDler dabei, es wurden auch nicht verbotene Lieder gesungen, es wurden auch keine Steine geworfen", so Thiel.

Mehr zum Thema

[Fotostrecke: NPD-Demo und Gegendemo in Frankfurt](#)

Die Anti-Nazi-Koordination hält dagegen und belegt sowohl den Auftritt verummter Neonazis als auch antisemitische Sprechchöre. Die Polizei habe beim Vorgehen gegen rechte und linke Demonstranten außerdem mit zweierlei Maß gemessen, so die Vorwürfe. Bei Feiern etwa an der Universität seien auch in der Nacht noch unschuldige Partygäste festgenommen worden. Sie fordert deshalb den Rücktritt des Polizeipräsidenten. Die Evangelische Gemeindejugend, ebenfalls Zeuge von Hetzparolen, fordert in einem offenen Brief an Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) ein entschiedeneres Vorgehen gegen die NPD-Anhänger. Bei Polizei und Staatsanwaltschaft heißt es, bislang seien aus der Bevölkerung keine Anzeigen gegen Neonazis eingegangen. Bild- und Tonmaterialien von eigenen Dokumentationstrupps würden noch ausgewertet. "Die Aussagen der Antifa korrespondieren allerdings nicht mit den Beobachtungen unserer eingesetzten Kräfte", sagt Polizeisprecher Karlheinz Wagner der FR.

Kommentar zu NPD-Demo: [Falscher Fokus](#)

14.07.2007 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/lokalnachrichten/frankfurt/?em_cnt=1172676

Kommentar zu NPD-Demo - [Falscher Fokus](#)

Von Felix Helbig

Im Internet lässt sich viel lernen über Verschwörungstheorien. Keine noch so verrückte Schlussfolgerung der Ereignisse vom vergangenen Samstag, die nicht auf Seiten der Neonazis und Antifaschisten publiziert würde. Doch unter dem von der Anti-Nazi-Koordination gesammelten Dokumentationsmaterial finden sich auch zahlreiche handfeste Beweise, die belegen, was da tatsächlich geschehen ist am vergangenen Wochenende, unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit, weit draußen am Stadtrand.

Schon während des Aufmarsches der Neonazis hatten sich Demonstrationsbeobachter gewundert, wie viel Hetze und Verfassungsfeindlichkeit die Polizei den NPDlern durchgehen ließ. Bei anderen Gelegenheiten, etwa in Wiesbaden, waren Nazi-Aufmärsche schon viel früher aufgelöst worden. Doch am Industriebhof galt die Konzentration der Polizei offenkundig in erster Linie der Verhinderung von Zusammenstößen mit Gegendemonstranten. Alles weitere geriet darüber in den Hintergrund - auch antisemitische Hetzparolen. Sie müssen nun nachträglich geahndet werden.

Der Rechtsstaat schützt die Meinungsfreiheit als hohes Gut und lässt auch Neonazis demonstrieren. Das ist richtig so. Doch jetzt muss der Rechtsstaat zeigen, was er sonst noch kann.

Mehr zum Thema

[Fotostrecke: NPD-Demo und Gegendemo in Frankfurt](#)